

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Jürgen Trittin, Claudia Roth (Augsburg), Annalena Baerbock, Dr. Frithjof Schmidt, Uwe Kekeritz, Tom Koenigs, Steffi Lemke, Peter Meiwald, Dr. Gerhard Schick, Anja Hajduk, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, Dr. Tobias Lindner, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Manuel Sarrazin, Doris Wagner, Volker Beck (Köln), Ekin Deligöz, Harald Ebner, Matthias Gastel, Kai Gehring, Bärbel Höhn, Katja Keul, Sven-Christian Kindler, Oliver Krischer, Stephan Kühn (Dresden), Renate Künast, Irene Mihalic, Dr. Konstantin von Notz, Tabea Rößner, Elisabeth Scharfenberg, Ulle Schauws, Kordula Schulz-Asche, Markus Tressel, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin  
zum Gipfel Östliche Partnerschaft am 21./22. Mai 2015  
in Riga, zum G7-Gipfel am 7./8. Juni 2015 in Elmau  
und zum EU-CELAC-Gipfel am 10./11. Juni 2015 in Brüssel**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Vorfeld von drei entscheidenden internationalen Gipfeln und vor dem Hintergrund zahlreicher internationaler Krisen findet am 7. und 8. Juni 2015 im Schloss Elmau der Gipfel der G7-Staaten statt. Deutschland hat nach dem Ausschluss Russlands wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim aus der Runde der G8 den Vorsitz. Deutschland hat damit die große Verantwortung inne, zur Lösung wachsender globaler Krisen maßgeblich beizutragen – oder aber für ungenügende Schritte mitverantwortlich zu sein.

Die Herausforderungen reichen von der Klimakrise und einer rasant wachsenden sozialen Ungleichheit über eine dramatische Reduzierung der Artenvielfalt, Hunger und Armut bis hin zu internationalen Konflikten und Kriegen. Über 50 Millionen Flüchtlinge weltweit verdeutlichen uns auch hier in Europa, dass diese Herausforderungen globale Lösungen brauchen, die bei uns zu Hause anfangen müssen. Viele dieser Krisen bedingen und verstärken sich gegenseitig. Ihnen kann nur mit einer kohärenten Strategie begegnet werden.

Viel zu oft übt sich gerade die G7 in Heftpflasterpolitik, statt vorausschauende Kooperation zum Abbau von Ungerechtigkeiten und zur Krisenprävention zu betreiben. Oft wird zu spät und nicht nachhaltig reagiert und unter dem Druck unübersehbar

gewordener Krisen blieb in der Vergangenheit zu oft nur noch die militärische Option als Antwort. Diese produziert aber wie in Libyen neue, oft größere Probleme. Die Bilanz vieler Einsätze hat in den G7-Staaten zu einer wachsenden Ablehnung militärischer Interventionen geführt.

Die G7 muss sich endlich auf eine vorausschauende Politik besinnen.

Vorausschauende Politik ignoriert nicht die dramatisch wachsende globale Ungleichverteilung von Wohlstand als Grund für Armut, gesellschaftliche Konflikte bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen und Migrationsbewegungen.

Vorausschauende Politik lernt aus den weltweiten Finanzkrisen und lässt die internationalen Finanzmärkte nicht unreguliert. Es darf keine Großbanken mehr geben, die „too big to fail“ sind, und es braucht einen verlässlichen und konsequenten Regulierungsrahmen, um zukünftige Beben an den Finanzmärkten zu verhindern. Dies gilt insbesondere auch für den Schattenbankbereich, in dem sich neue Risiken aufbauen.

Vorausschauende Politik erkennt die Klimakrise endlich als eine Ursache und als Verstärker vieler internationaler Krisen an und verschließt nicht die Augen vor deren massiven sozialen und akuten sicherheitspolitischen Folgen.

Vorausschauende Politik bearbeitet Fragen von globaler Gerechtigkeit und Klimaschutz zusammen, denn Klimapolitik muss gerade auch jene Länder berücksichtigen, die von der Klimakrise am stärksten betroffen sind.

Vorausschauende Politik setzt auf Stärkung der Vereinten Nationen als dem einzigen Forum, in dem die vielfältigen Krisen gemeinsam angegangen werden können.

Vorausschauende Politik kämpft gegen globale Ungleichheit an, investiert in die Forschung gegen vernachlässigte Krankheiten und Antibiotika-Resistenzen und kämpft für bessere Arbeitsumstände weltweit.

Die G7 als Gruppe führender Industrienationen dieser Welt muss außerdem einen Politikwechsel im Rahmen der VN mit vorantreiben. Die Welt braucht eine vorausschauende, multilaterale Politik für Umwelt- und Klimaschutz, globale Gerechtigkeit und Frieden – und die G7 muss ihren Beitrag dazu leisten.

**Mehr Klimaschutz: Auswirkungen der Klimakrise stärker in den Blick nehmen**

Wenn es uns jetzt nicht gelingt, die Klimakrise und ihre Folgen zu begrenzen, dann wird es zukünftig noch mehr soziale Ungleichheit, Krisen und Konflikte geben, die Staaten destabilisieren, Hungersnöte auslösen und Menschen zur Flucht zwingen.

Auf der UN-Klimakonferenz vom 30. November bis 11. Dezember 2015 in Paris gilt es, das nicht ausreichende Kyoto-Klimaprotokoll abzulösen und eine prinzipielle Einigung aller Staaten auf wirksame nationale Minderungen von Treibhausgasemissionen zu erreichen. Eine Beschränkung der globalen Erwärmung auf 2 Grad muss verbindliches Minimalziel bleiben und völkerrechtlich verankert werden. An ihm und am Grundsatz der gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung müssen sich die Beiträge der einzelnen Mitgliedstaaten orientieren.

Nehmen wir das 2-Grad-Ziel ernst, müssen zwei Drittel der weltweiten Vorräte an Kohle, Öl, Gas und Uran im Boden verbleiben. Die G7-Staaten müssen die Entwicklung weg von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien vorantreiben. Dazu brauchen wir sowohl ein deutlich höheres Energieeffizienzniveau als auch mehr Energieeinsparung. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen bringt hier doppelten Nutzen: umweltschädliches Verhalten wird nicht länger gefördert, dafür werden Mittel für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung frei. Gleichzeitig muss die G7 konkrete Pläne vorlegen, wie sie sich ab 2020 an den 100 Milliarden

Dollar für den globalen Klimaschutz, auf die sich die Staatengemeinschaft verständigt hat, fair und verbindlich beteiligen will.

Die G7 muss zeigen, dass der Klimaschutz nicht nur ein Gipfelthema ist, sondern mehr Verantwortung übernehmen. Für Deutschland bedeutet das z. B. die Implementierung eines nationalen Klimaschutzgesetzes, das bis 2050 jährliche Reduktionsziele verbindlich festlegt, sowie die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Mindestpreises, der bis zu einer europäischen Regelung zunächst national eingeführt wird.

Die Bundesregierung ist noch immer meilenweit davon entfernt, das selbst gesetzte Klimaschutzziel einer Minderung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2020 zu erreichen. Das ist ein verheerendes Signal für die eigene Glaubwürdigkeit und den internationalen Klimaschutz.

#### Widersprüchliche Politiken beenden – Verantwortung für sozial-ökologische Transformation übernehmen

Von den G7-Staaten muss ein ambitioniertes Signal mit Blick auf den Finanzierungsgipfel in Addis Abeba ausgehen, um die derzeit vor allem an den Finanzierungsversprechen stockenden Verhandlungen für New York und Paris voranzubringen. Die entwickelten Länder müssen an dem Ziel festhalten, mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungsfinanzierung und Armutsbekämpfung zu stecken. Dazu gehört, das Prinzip der gemeinsamen aber differenzierten Verantwortlichkeiten (Common but differentiated responsibilities, CBDR) auf alle Bereiche der Nachhaltigkeitsagenda anzuwenden.

Besonders die Entwicklungsländer müssen die Chance erhalten, regionale Wirtschaftskreisläufe zu entwickeln, ohne dass sie durch mächtige Industrieländer zu einer überzogenen Marktöffnung gedrängt werden. Das bedeutet, dass die G7 ihre Handelspolitik, ihre Fischereipolitik vor den Küsten Afrikas, ihre Finanzpolitik sowie ihre Rohstoffpolitik vollständig neu ausrichten muss, um systemische Ursachen für Ungleichheit, Klimakrise und Krieg zu reduzieren. Gerade die G7 sollte bereit sein, einseitige Beschränkungen in Kauf zu nehmen, damit sich Märkte und regionale Wirtschaftskreisläufe beispielweise in Afrika entwickeln können.

Die G7-Länder beheimaten die mit Abstand größte Anzahl von Unternehmen, denen eine Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen angelastet wird. Freiwillige Maßnahmen wie das von Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller ins Leben gerufene Textilbündnis werden diesen Herausforderungen nicht gerecht. Die G7 muss daher durch gesetzliche Regelungen dafür sorgen, dass Umwelt- und Sozialstandards entlang der gesamten Lieferkette eingehalten werden und geeignete Klagemöglichkeiten für die Opfer von Unternehmenshandeln eingerichtet werden.

#### Sozial-ökologisches Investitionsprogramm anstoßen

Um aktiv einen Beitrag zum Abbau der weltweiten Ungleichgewichte zu leisten, müssen Investitionen forciert werden. Die G20 haben sich in Brisbane 2014 darauf verständigt, das Weltwirtschaftswachstum zu stimulieren und das globale Bruttoinlandsprodukt in den kommenden Jahren um 2 Prozent anzuheben. Deutschland muss die G7-Präsidentschaft nutzen und ein globales sozial-ökologisches Investitionsprogramm anstoßen. Eine solche Initiative erfordert den glaubwürdigen Einsatz für nachhaltige Wertschöpfung und langfristige Investitionen in weltweit gleiche menschenwürdige Lebensbedingungen. Das gilt gerade auch für Deutschland, das noch weit hinter seinen Möglichkeiten für nachhaltige Investitionen zurückbleibt.

#### Finanzmarktregulierung endlich konsequent angehen

In den vergangenen fünf Jahren sind infolge der Finanzkrise tausende Seiten neuer Finanzmarktregeln erlassen worden. Es war jedoch ein Irrglaube, Komplexität mit Komplexität bekämpfen zu können. Stattdessen brauchen wir einfache, aber harte Haftungsregeln: wesentlich mehr Eigenkapital, tatsächliche Abwickelbarkeit von Großbanken, Transparenz auf allen Märkten und ein Ende des unbegrenzten Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Verschuldung. Zudem sind bei der Aufsicht und Regulierung der Derivatmärkte und im Schattenbankensektor kaum Fortschritte zu verzeichnen. Die Bilanzen der Banken sind weiterhin nicht in Ordnung und deren ungewichtete Eigenkapitalquoten sind weiterhin zu gering.

Die Bundesregierung muss den G7-Gipfel nutzen, um die Reformen, auf die sich die G20 im Jahr 2009 verständigt haben, weiter auf der Agenda zu behalten. Sonst drohen die Fehler, die zur Krise 2007 geführt haben, wiederholt zu werden. Von Elmau muss das Signal ausgehen, dass es keine Abstriche an den Vereinbarungen geben darf, um künftige Krisen zu vermeiden. Außerdem müssen Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerumgehung und Steuerhinterziehung vorangetrieben werden.

#### Signal für Stärkung der UN

Die Welt braucht eine starke UN. Die UN sind – trotz dringender Reformbedürftigkeit – oft als einzige Institution von allen anerkannt, als Gesprächs- und Verhandlungspartner und um vor Ort präsent zu sein, gerade wenn bilaterale Partner sich zurückziehen. Die Vereinten Nationen sind außerdem die einzige Organisation mit der nötigen Legitimität, um die beschriebenen globalen Probleme zu lösen.

Der Trend, den Weg in den UN-Sicherheitsrat möglichst zu vermeiden, muss gestoppt werden. Wir kritisieren, dass die Bundesregierung es bisher versäumt hat, sich für den Kampf gegen die Terrororganisation ISIS unter anderem im Nord-Irak und auch in Libyen um ein Mandat der Vereinten Nationen zu bemühen und die Weltgemeinschaft gemeinsam in die Pflicht zu nehmen. Deutschland muss sich verstärkt mit mehr Personal an UN-Einsätzen beteiligen, statt sie nur mit 7 Prozent zu finanzieren. Das setzt ein Umdenken in den Ausbildungs- und Ausrüstungsprioritäten der Bundeswehr voraus.

Die G7 muss ein deutliches Signal zur Stärkung der UN senden, statt die Organisation in eine Reihe mit informelleren Foren und „Koalitionen der Willigen“ zu stellen, wie zuletzt im Abschlusscommuniqué der G7-Außenminister.

#### Forschung zu vernachlässigten Krankheiten sowie gegen Antibiotikaresistenzen stärken

Die Ebola-Epidemie stand im letzten Jahr symptomatisch für ein viel weitreichenderes Problem der öffentlichen Gesundheit: das häufige Versagen von Anreizmechanismen für Forschung und Entwicklung. Mehr denn je ist es unabdingbar, die Logik des internationalen Patentregimes grundsätzlich zu hinterfragen und neue Anreizmechanismen zu schaffen. Es braucht einen verpflichtenden globalen Mechanismus für die Finanzierung von Forschung und Entwicklung neuer Medikamente und Impfstoffe. Zudem muss der Zugang zu neuen Innovationen unabhängig vom Einkommensstatus der Betroffenen sichergestellt werden. Den G7-Staaten müssen deshalb den Empfehlungen der CEWG Expertenkommission der WHO zum Einsatz von 6 Mrd. USD Finanzierungsbedarf jährlich folgen.

### Gleiche Chancen für Frauen weltweit

Armut ist weiblich. Frauen stellen mit 70 Prozent das Gros der weltweit 1,4 Milliarden armen Menschen dar. Sie haben einen schlechteren Zugang zu Bildung, ihre rechtliche Stellung ist vielerorts prekär und sie leben unter unsicheren Einkommensverhältnissen. Und auch die Auswirkungen von Ungleichheit betreffen vor allem Frauen. Sie verfügen über lediglich 1 Prozent des globalen Zugangs zu Ressourcen, haben am weltweiten Einkommen einen Anteil von 10 Prozent und nur sehr eingeschränkt Zugang zu Land und Krediten. Die G7 muss effektive Maßnahmen ergreifen, um die strukturellen Ursachen von Armut und Gewalt, die Machtunterschiede und Dominanzverhältnisse zu adressieren.

### Meeresschutz ernst nehmen

Die Bundesregierung hat angekündigt, einen Aktionsplan gegen Meeresvermüllung auf die Tagesordnung des G7-Gipfels zu setzen. Das ist ein erster richtiger Schritt, greift aber viel zu kurz. Die Ozeane sind weltweit in einem noch viel größerem Umfang massiv bedroht: vor allem durch Überfischung und Aquakultur, Verschmutzung mit Plastik, Chemikalien, Radioaktivität, Erhitzung, CO<sub>2</sub>-Eintrag, Versauerung und den Raubbau an Bodenschätzen.

Es darf aber nicht bei Ankündigungen und Absichtserklärungen bleiben. Ein unverbindlicher und halbherziger Aktionsplan gegen Meeresvermüllung ohne fest vereinbarte Maßnahmen wird den Notwendigkeiten für einen wirksamen Schutz der Weltmeere nicht gerecht.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die G7-Staaten darauf zu verpflichten, dass die Klimaverhandlungen zu einer völkerrechtlich verbindlichen Verankerung des 2-Grad-Limits samt des Bekenntnisses zu einer dekarbonisierten Gesellschaft bis 2050 führen;
- dass sich die G7-Staaten für das Auslaufen direkter und indirekter fossiler Subventionen einsetzen;
- sich dafür einzusetzen, dass die für den internationalen Klimaschutz zugesagten Mittel in Höhe von 100 Mrd. Dollar bis 2020 mobilisiert werden, zu denen Deutschland seinen fairen Beitrag leistet;
- einen transparenten Plan zur Erreichung des Ziels vorzulegen, bis 2020 den Anteil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu steigern;
- dass die G7-Staaten einen relevanten Beitrag für nachhaltige Investitionen leisten und zur Erreichung des G20-Ziels von Brisbane beitragen;
- von Elmau das Signal für eine neue Agenda der Finanzmarktregulierung ausgehen zu lassen, die die Ursachen der ungebremsten Fehlentwicklungen angeht;
- eine Initiative „Divest Now“ der G7 anzustoßen, die auf De-Investitionen aus fossilen Energieträgern setzt, so dass staatliche Anlagen wie Pensionsfonds, Währungsreserven oder Sozialversicherungsreserven künftig nicht mehr in fossilen Industrien angelegt werden;
- dass sich die G7-Staaten für die Vereinten Nationen als zentrales Forum und als Akteur zur Formulierung und Überwachung einer neuen globalen Nachhaltigkeitsagenda einsetzen;
- dass sich die G7-Staaten für eine Reform des UN-Systems einsetzen;
- sich für eine Stärkung des Meeresumweltschutzes in internationalen Vereinbarungen einzusetzen, sich für ein Biodiversitätsabkommen auf Hoher See unter dem

Internationalen Seerechtsübereinkommen (UNCLOS) stark zu machen sowie sich für eine Stärkung der Meeresherrschaft wie z. B. durch eine eigene World-Oceans-Organisation einzusetzen;

- dass die G7-Staaten sich für den Aufbau eines verpflichtenden globalen Fonds zur Finanzierung von Forschung und Entwicklung neuer Medikamente und Impfstoffe gegen vernachlässigte und armutsassoziierte Krankheiten einsetzen;
- dass die G7-Staaten eine internationale Strategie zur Bekämpfung von Antibiotika-Resistenzen verabschieden, die zu einer besseren Regulierung und Kontrolle des Antibiotikaeinsatzes sowohl in der Humanmedizin als auch in der Tierhaltung führt;
- dass sich die Bundesregierung im Rahmen der EU gegenüber den Vereinigten Staaten und Kanada dafür einsetzt, dass die Freihandelsabkommen TTIP und CETA nicht zu einer Benachteiligung von Schwellen- und Entwicklungsländern führt, und sich gleichzeitig für den Abschluss eines fairen multilateralen Handelsabkommens mit hohen menschrechtlichen, sozialen und ökologischen Standards einzusetzen;
- sich im Rahmen der G7 gegen Investor-Staat-Schiedsverfahren auszusprechen und rechtsstaatliche Alternativen für Investitionsschutz zu formulieren;
- sich gegenüber den anderen G7-Staaten für die Einführung einer anspruchsvollen Finanztransaktionssteuer mit breiter Steuerbasis einzusetzen, deren Einnahmen u. a. für den internationalen Klimaschutz verwendet werden;
- dass die G7-Staaten sich für gesetzlich verbindliche Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards in Handels- und Lieferketten einsetzen und geeignete Klagemöglichkeiten für die Opfer von Unternehmenshandeln einrichten;
- ihre Anstrengungen im Bereich der Gleichberechtigung der Geschlechter auszubauen und die rechtliche Situation und die sozialen Bedingungen zu verbessern. Dazu gehören Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung, der Bekämpfung von Gewalt und der Zugang zu reproduktiven Rechten.

Berlin, den 19. Mai 2015

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

## **Begründung**

Mit der Übernahme der G7-Präsidentschaft hat Deutschland als eine der größten Industrienationen dieser Welt die Möglichkeit, einen wichtigen Beitrag für die Bewältigung der Krisen in der Welt zu leisten. Dazu sind aber verbindliche Maßnahmen und Vereinbarungen nötig. Der G7-Gipfel in Elmau darf nicht zu einer PR-Veranstaltung verkommen.

Heute schon hat die Klimakrise die bestehenden Konflikte in Syrien und dem Irak, in Somalia und Kenia massiv verschärft und zum Teil sogar mit verursacht. Zuletzt haben die Außenminister der G7-Staaten eine Studie diskutiert, die neben einem steigenden Meeresspiegel und vermehrten Extremwetterlagen auch verstärkte Flüchtlingsbewegungen, bewaffnete Konflikte, schwankende Lebensmittelpreise und den Kampf um Trinkwasserzugänge als potenzielle Folgen der Klimakrise prognostiziert.

Die G7-Staaten gehören zu den größten Gebern für Entwicklungs- und Klimagelder weltweit und tragen damit eine besondere Verantwortung. Denn nur wenn die reichen Staaten bereit sind, finanziell und ökologisch voranzugehen und mehr als bisher beizutragen, werden sich auch die Entwicklungs- und Schwellenländer bewegen. Die Bundesrepublik Deutschland hat zwar in der Vergangenheit durchaus Gelder für die internationale

Entwicklungszusammenarbeit und den Klimaschutz ausgegeben, doch tatsächlich sind viele internationale Finanzierungsankündigungen nur durch Anrechnung oder Verrechnung mit bereits zuvor zugesagten Geldern erfüllt worden und keine der international zugesagten Zielmarken sind erreicht worden. Im Gegenteil, die Bundesregierung hüllt sich in Schweigen, wenn es darum geht, ihren Beitrag zur Entwicklungs- und Klimafinanzierung zu beziffern, und bricht Jahr um Jahr ihre Versprechen. Es bedarf daher ehrlicher Aufwuchspläne zur Entwicklungs- und Klimafinanzierung, die dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten entsprechen.

Im August 2007 begann eine weltweite Finanzkrise, die nicht nur Milliarden von Vermögenswerten vernichtete, sondern vor allem das Versagen von Finanzaufsicht und Bankenregulierung weltweit offengelegt hat. Doch trotzdem sind bis heute die Weichen nicht neu gestellt worden, ist der Finanzsektor noch immer Lastgänger, statt Dienstleister der Realwirtschaft. An den Finanzmärkten sind erneut extreme Risiken zu beobachten. Dies bestätigen auch die Analysen des Internationalen Währungsfonds in seinem Finanzstabilitätsbericht. Auch die gesamtwirtschaftliche Verschuldung ist heute höher als bei Ausbruch der Krise.

Eine effektive Finanzmarktaufsicht wird trotz der Selbstverpflichtung der G20-Staaten weiterhin aktiv verhindert. Zudem sind bei der Aufsicht und Regulierung der Derivatemärkte und im Schattenbankensektor kaum Fortschritte zu verzeichnen. Die Bilanzen der Banken sind weiterhin nicht in Ordnung und deren ungewichtete Eigenkapitalquoten sind weiterhin zu gering.

Nur eine vorausschauende, multilaterale Friedenspolitik kann die globalen Herausforderungen bewältigen. Die Vereinten Nationen bieten den Rahmen für eine solche Politik, die sich nicht am Recht des Stärkeren, sondern an den Menschenrechten als globalem Handlungsmaßstab orientiert. Sie sind dabei nicht nur das Forum, in dem völkerrechtliche Normen entwickelt und politische Lösungen erarbeitet werden, sondern tragen gleichzeitig durch ihre zahlreichen Unterorganisationen, Missionen, Sondergesandten und Programme auch selbst zu deren Umsetzung bei.

Die Arbeitsbedingungen in internationalen Wertschöpfungsketten stehen seit den Unglücken im asiatischen Textilsektor im Fokus der Öffentlichkeit. Auch in Bergwerken, auf Plantagen und in Fabriken aller Art werden von Unternehmen insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern Umwelt- und Sozialstandards missachtet. Neben dem menschlichen Leid werden so die Entwicklungspotenziale der Produktionsländer langfristig geschwächt. Das Hauptproblem: Während sich die Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten in rasantem Tempo globalisierte, konnte bislang kein ausreichender, international gültiger Rechtsrahmen für die Aktivitäten von transnationalen Unternehmen geschaffen werden. Transnationale Unternehmen spielen in der globalisierten Wirtschaft eine herausragende Rolle. Einige von ihnen haben einen höheren Umsatz als die Haushalte ganzer Nationalstaaten. Die Produktionsländer wiederum sind häufig nicht in der Lage, wirksame Gesetze zu erlassen und durchzusetzen.

Eine Stärkung von Frauen erfordert neben der Unterstützung von Selbständigkeit und beruflicher Bildung auch den Abbau von Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt. Für die Bekämpfung von Armut ist Gleichberechtigung der Geschlechter wichtig. Schutz vor Gewalt und Zugang zu reproduktiven Rechten sind für viele Mädchen und Frauen zentrale Voraussetzungen, um überhaupt am wirtschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Die Ebola-Epidemie hielt 2014 die Weltgemeinschaft über Monate in Atem und brachte die betroffenen westafrikanischen Staaten an den Rand des Kollapses. Die Krankheit bedrohte das Gemeinwohl einer ganzen Region und wurde zum ernsthaften Risiko für Frieden und Stabilität in den betroffenen Ländern.

Doch Ebola steht symptomatisch für ein viel weitreichenderes Problem der öffentlichen Gesundheit: Anhand immer neuer Gesundheitskrisen wird deutlich, dass die bestehenden Anreizmechanismen für Forschung und Entwicklung immer häufiger versagen. Um diesem Marktversagen zu begegnen, brauchen wir eine Reform der Gesundheitsforschung.

Nicht nur Ebola, auch vernachlässigte und armutsassoziierte Krankheiten sowie antibiotikaresistente Erreger, gegen die es zu wenige geeignete alternative Therapieangebote gibt, sind die Folge. Längst ist die bestehende Forschungslücke auch ein Problem wohlhabender Industriestaaten. Im globalen Süden befördern darüber hinaus schwache Basis-Gesundheitssysteme die Ausbreitung gefährlicher Epidemien. Die Vereinbarung der G8 von 2008 im japanischen Hokkaido zur Erhöhung der Versorgung Afrikas mit medizinischem Personal wurde bisher nicht erreicht. Die Anzahl der Länder, die unter dem Schwellenwert der WHO von 2,3 Gesundheitsfachkräften je 1 000 Personen liegen, ist zwischen 2008 und 2013 sogar gestiegen. Die G7 muss die schon gegebenen Zusagen endlich erfüllen und beim Auf- und Ausbau von Gesundheitssystemen sowie bei gezielter Aufklärungsarbeit einen entscheidenden Beitrag leisten.

